



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamts-Bezirk Welzheim.

Ausgabestage: Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag nachmittag. Preis vierteljährlich mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“ in der Stadt Welzheim 1 M. 5 Pf., im Oberamtsbezirk Welzheim durch Postbezug 1 M. 25 Pf., außerhalb desselben 1 M. 45 Pf. — Die Einrückungsgebühr beträgt die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Oberamtsbezirk Welzheim 9 Pf., außerhalb des Bezirks 12 Pf. Telefon Nr. 2.

Nr. 184.

Welzheim, Dienstag den 27. November 1900.

34. Jahrgang.

Bestellungen

auf den
Wald vom Welzheimer Wald
für den Monat
Dezember

können bei allen Postanstalten und Postboten sowie bei unseren Agenten und bei der Expedition selbst gemacht werden. Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Nov. 1900.

Am Bundesratssitz: Kriegsminister von Goltz, Tirpitz, Bobbielski, Posadowski, Richter, Nieberding, Thielmann und der Reichskanzler.

Das Haus ist gut besucht; die Tribünen und Logen sind überfüllt.

Präsident Graf Ballostrom eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung der Chinavorlage.

Abg. Basser mann (nl.) erklärt: Wir werden uns den vom Abg. Nebel entwickelten grauen Theorien nicht anschließen. Wir können insbesondere nicht einer Gleichstellung der Chinesen mit Kulturböllern und des Räubergefindels der Boyer mit unseren Freiheitskämpfern zustimmen. Die Klauschouvorlage sei unter Zustimmung des deutschen Volkes mit großer Mehrheit vom Reichstag angenommen worden. Auch Nebel erklärte die Erwerbung für naturgemäß. Wir können nur bedauern, daß unsere Schutzwache nicht stärker war (Zustimmung). Wir erkennen nicht an, daß die Haltung der Missionare Grund zu Ausschreitungen der Chinesen gegeben habe. Die Reformversuche des chinesischen Kaisers riefen die reaktionäre Bewegung hervor. Bernstein erklärt es in seinen sozialistischen Monatsheften für sinnlos, wenn man nicht kultivierten Nationen das Recht einräumen wollte, auf minder kultivierte mit allen Mitteln einzuwirken. Wir halten nach wie vor die Chinapolitik der Regierung für durchaus richtig und auch den Interessen der deutschen Arbeiter entsprechend. Eine Reihe Bedenken bezüglich der akuten chinesischen Frage hat die Rede des Reichskanzlers beseitigt, beseitigt, besonders in Hinsicht darauf, daß die Bedeutung des Feldzugs nicht übertrieben und nicht von nun an der Beginn einer neuen Weltära dastert werden soll, sondern daß der

Stützpunkt unserer Politik in Europa bleiben soll. Redner widmet dem Gesandten v. Ketteler ehrende Worte und erklärt, seine Partei billige auch die Entsendung der Panzerdivision. Die Lage, die bereits bestand, bewelse die Richtigkeit der Haltung und Regierung und der Mehrheit des Hauses in der Flottenvorlage. Lieber können wir uns anschließen in der zu billigenden Kritik der Mobilmachung. Bei der Abschiedsfete gingen vielleicht die Wogen des Patriotismus hoch. Die Reden wirkten ansteckend; manches übereilte Wort fiel. Es versöhnte uns dann das energische, thätkräftige Vorgehen. Die maßlose Kritik der Sozialdemokraten hat im Volk keinen Widerhall gefunden. Die offizielle Verteidigung der Geschehnisse bei der Abreise im „Reichsanzeiger“ war überflüssig. Uebrigens ist die Ernennung gerade Waldersees ein schöner Erfolg der deutschen Politik. Wir sollen seinen Verdiensten volle Anerkennung. Erfreulich war die Leistungsfähigkeit der Marineverwaltung und der Rhedereien und die Pflichtfreudigkeit unserer Jugend. Soldaten, die wissen, was ihnen, wenn sie verwundet in die Hände des Feindes fallen, bevorsteht, sind nicht geneigt, hart mit diesen umzugehen. Die Hunnenbriefe, die wohl größtenteils echt sind, enthalten zweifellos manche Renommäge. Die Deutschen betätigten sich nicht an den Plünderungen in Tientsin und Peking. Leider sind gewisse Reden mit den vorgekommenen Grausamkeiten in Verbindung gebracht worden. Das lehrt, wie vorsichtig man in der Wahl seiner Worte sein soll. Erfreulich ist die Einigkeit der Mächte. Die Nichteinberufung des Reichstags halten wir für einen schweren politischen Fehler. Galtten die verbündeten Regierungen Furcht vor den oppositionellen Rednern? Ueberseische Politik kann nur gemacht werden mit dem Reichstag. Wir danken Hohenlohe vieles: Die Aufhebung des Koalitionsverbots und die Militärstrafprozeßordnung. Aber er hätte seinen vollen Einfluß ausbieten müssen, um die Einberufung durchzusetzen. Wir schließen uns bezüglich der Indemnitätsfrage den Ausführungen Liebers an. Die Neuformation ist eine Verletzung des Militärgesetzes. Darüber würde in der Kommission zu sprechen sein. Wahrung der deutschen Ehre und der Rechte und Interessen, aber Achtung vor der Volksvertretung möge der Zielpunkt der neuen Politik sein.

Abg. Levehow (kons.): Die Maßnahmen der Regierung seien angesichts der vorgekommenen Barbareien allgemein gebilligt worden. Die konservative Partei billige die Beratung der Vorlage in der Budgetkommission. Man

habe sich über die Nichteinberufung des Reichstags gewundert, der Unterschied zwischen einer nachträglichen Genehmigung und Erteilung der Indemnität erscheine etwas spitzfindig, beides komme auf eines hinaus. Graf Waldersee, der als alter Mann sich solchen Strapazen unterzogen habe, verdiene den Dank des Vaterlandes. In den Soldatenbriefen liege zweifellos, ihre Echtheit vorausgesetzt, viel Renommäge. Die deutschen Soldaten seien im allgemeinen viel zu gutmütig zur Begehung solcher Grausamkeiten. Für wirklich vorgekommene habe der Kriegsminister Remedur versprochen.

Abg. Richter (freis. Vp.): Wir sind der Ansicht, daß es unbedingt notwendig war, im Augenblick der Ermordung v. Kettelers sofort eine militärische Machtentfaltung vorzunehmen. Es war notwendig, die Seebrigade und die ostasiatische Division zu entsenden, ob die Entsendung der Panzerdivision notwendig war, ist mehr als fraglich. Ebenso ist dem Redner die zweite Truppensendung Anfangs September unerklärlich, im Zusammenhang mit der Uebernahme des Oberkommandos. Letzteres sei ein schwerer politischer Fehler gewesen, verschlimmert habe man die Sache durch das „Trara“ bei der Abreise Waldersees. Die ganze Politik werde seit längerer Zeit theatralisch und dekorativ gehandhabt, die Zurückziehung der russischen Truppen aus Putschiki und der amerikanischen, vielleicht auch der japanischen, sei deutlich gewesen. Der gegenwärtige Kaiser erlasse mehr öffentliche Rundgebungen als je einer vorher, offenbar um Stimmung im Volke zu machen. Ueber den Nachfeldzug sei schon das Nötige gesagt. Solche Aeußerungen fallen um so mehr auf, als andererseits in der Rede das Moment der Religion warm betont sei. Man solle die Politik und die Religion nicht verquiden, sonst werde beides verdorben. Das gelte besonders von den Missionen. Dazu komme, daß nach allem, was man höre, die chinesischen Christen auch nicht die besten Brüder seien. Wenn der Staat die Mission schütze, müsse er auch herausfordernden Ausfällen Grenzen ziehen dürfen. Die Hunnenbriefe fanden sich auch in nationalliberalen und reichstreuen Blättern. 1870 seien solche Grausamkeiten nicht vorgekommen; aber in früheren Kriegen habe auch der oberste Kriegsherr nicht gesagt: „Pardon wird nicht gegeben“. Man müsse die Kultur auch den Völkern gegenüber betätigen, die auf einer niedrigen Stufe stehen. Der Kriegsminister bedauerte, daß dies in die Debatte gezogen wird. Vielleicht macht er seinen großen Einfluß (Heiterkeit) dahin geltend, daß der Kaiser sich über den Inhalt

und die Form solcher Rundgebungen vorher mit dem zuständigen Ministerium verständigt. Dann werden manche Wendungen fortfallen, die Mißfallen erregen. Die Minister müssen sich für solche Reden auch ohne Gegenzeichnung verantwortlich halten. Redner bespricht die Bremerhavener Rede, woraus der Abschnitt über die Hunnen der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollte. Doch war die Veröffentlichung schon in Bremerhavener Blättern erfolgt. Das Wolffsche Bureau hat die Rede erst mit der Fassung, daß kein Pardon gegeben werden soll, dann nochmals ohne diese Fassung hinausgegeben. Der Reichskanzler sei bemüht, möglichst viel Wasser in den Wein der kaiserlichen Reden zu gießen. (Große Heiterkeit.) Am leichtesten für die verbündeten Truppen sei das auszuführen, was sie selbst in der Hand haben, also: die Schleifung der Festungen und das Verbot der Waffeneinfuhr. Man habe gesagt: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!“ Der Erfolg war, daß man sich bemühte, den Chinesen europäische Instruktionen und Waffen zuzuführen, und allen voran Deutschland. Der größte Fehler in der Chinapolitik sei gewesen, daß wir mit Rußland und Frankreich uns verbanden, um den Japanern nach dem Kriege mit China in die Arme zu fallen. Der Platz an der Sonne sei schon heiß genug in Kiautschow, daß wir gar keine Neigung haben sollten, unsere Interessensphäre weiter auszu dehnen. Redner sieht unsere Erwerbung in China jetzt viel weniger günstig an, als damals. Ob es richtig sei, daß die ganzen Lasten, die bis April wohl auf eine halbe Milliarde steigen dürften, mit Anleihen gedeckt werden, darüber werde er bei der Staatsberatung sprechen. Den guten, alten Hohenlohe wolle man jetzt verantwortlich machen für die Nichteinberufung des Reichstages, (große Heiterkeit) aber niemals habe man den Reichskanzler weniger wahrgenommen als in jenen Monaten. Bülow sei tatsächlich im Sommer leitender Staatsmann gewesen. Es sei zweifellos, daß der Reichstag einberufen worden wäre, wenn er mit dem nötigen Nachdruck dafür eingetreten wäre. Viel wichtiger als die Sühne für den Fehler der Regierung sei es, für die Zukunft Wiederholungen vorzubeugen. Wenn man auch dem gegenwärtigen Ministerium trauen dürfe, die Minister seien wie die Blumen auf dem Felde. (Große Heiterkeit.) Die Zukunft Deutschlands liege wahrhaftig nicht auf dem Wasser, sondern im Lande selbst. (Beifall links.)

Reichskanzler Graf Bülow weist nochmals auf die Gründe hin, welche den damals verantwortlichen Fürsten Hohenlohe von der Einberufung des Reichstages abhielten. Namentlich habe auf denselben das Blatt Eindruck gemacht, welches Beziehungen zu einem hervorragenden Parlamentarier hat, dessen Beredsamkeit wir soeben bewunderten. (Stürmische Heiterkeit.) Graf Bülow verliest einen Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ vom 4. Juli, worin die Einberufung des Reichstages als nicht zweckmäßig erklärt wird, und er fährt fort: Ich gebe zu, daß dieser Artikel etwas gewunden und bis zu einem gewissen Grade auf Stelzen gestellt ist. Das pflegt aber bei oppositionellen Denunziationen häufig der Fall zu sein. (Langanhaltende stürmische Heiterkeit.) Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß ich zu denjenigen gehöre, welche die sehr ernst, gewichtigen Gründe für die Einberufung des Reichstages anerkannt. (Hört! Sehr richtig! links.) Der russische Räumungsvorschlag war auf keine Verstimmung gegen uns zurückzuführen, am allerwenigsten richtete sich eine Verstimmung gegen das Oberkommando, welches in erster Linie von dem Kaiser von Rußland in unsere Hände gelegt

worden ist. Der Meinungsaustrausch über den Räumungsvorschlag ist in der verbindlichsten Form geführt worden und ließ keine Schärfe zurück. Der Gedankenaustausch über den Oberbefehl beruht auf einer auf amtlichem Wege an uns gelangten Anregung. Mehr kann ich darüber nicht sagen, weil es sich um einen Meinungsaustrausch zwischen den Souveränen handelte. Es giebt Fälle, wo mir das Staatsinteresse ein Schloß vor den Mund legt. Das Staatsinteresse steht mir höher als der Wunsch, dem Abgeordneten Richter auf alle Fragen zu antworten. (Heiterkeit.) Graf Bülow besprach sodann die Angriffe Debels auf die Missionen und betont, es gereiche dem Bischof Anzer zur hohen Ehre, daß er seine Missionen unter deutschen Schutz gestellt habe. Wir werden die Missionen auch ferner schützen. Wir betrachten die Ausübungen des Protektorats über die katholischen Missionen als eine Ehrenpflicht, der wir uns nicht entziehen werden. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Der Reichskanzler weist sodann darauf hin, daß auch Hongkong anfangs kein wertvoller Besitz für England war. So wird sich auch Kiautschow erst allmählich entwickeln. Bezüglich der Kaiserrede erklärt der Reichskanzler, daß er die volle moralische Verantwortung für die Reden des Kaisers übernehme, welche auch von der großen Mehrheit der Nation nicht mißverstanden seien. (Beifall rechts.) Die Rede des Kaisers in Bremerhaven wurde in einem Augenblick gehalten, wo angenommen werden mußte, daß alle in Peking eingeschlossenen Europäer ermordet seien. Es war natürlich, daß der Kaiser in diesem Augenblick als Soldat und nicht als Diplomat sprach. Daß die Diplomatie nicht zu kurz kommt, dafür lassen Sie mich sorgen. Im übrigen versichere ich Sie, daß mir der kleine Finger eines braven deutschen Musikleiters lieber ist, als das ganze Lumpengeindel der Boyer. (Lebhafter Beifall.) In der vom Abg. Richter angeführten Wilhelmshavener Rede im Militärkafé kennzeichnete der Kaiser die Ziele unserer Politik, aber der Ausspruch, daß wir uns in großen, für die Zukunft wichtigen Fragen nicht beiseite schieben lassen wollen, involviert noch nicht die Tendenz, als ob wir uns in Fragen einmischen wollten, die uns nichts angehen. Die Nation wolle das Recht auf eine besonnene Selbstpolitik sich weder entziehen noch verkümmern lassen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach Bülow spricht noch v. Kardorff (D. R.). Er widerspricht der Behauptung, die Parteiführer seien gegen die Einberufung des Reichstages gewesen und schiebt sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an.

Abg. Richter (freis. Ver.) freut sich, daß der Reichskanzler dem Haus bezüglich der Indemnität entgegen kommen wolle.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung und der 12000 Mark Angelegenheit.

Berlin, 22. Nov. 1900.

Der Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Das Haus ist gut besucht. Die Tribünen sind überfüllt.

Am Bundesratsstisch: Der Reichskanzler, der Kriegsminister, Posadowsky und Thielmann.

Der Präsident teilt mit, daß der Etat am Samstag verteilt wird. Nachdem der Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) auf Einstellung eines gegen den Abg. Fischer (Sachsen) schwebenden Strafverfahrens angenommen ist, setzt das Haus die Chinadebatte fort.

Abg. Bayer (südd. Bp.) verlangt als mindestens Zugeständnis für den durch Nichteinberufung des Reichstages begangenen schweren politischen Fehler die Aufnahme des Wortes

„Indemnität“ in der Vorlage, da dieses einen scharfen, aber notwendigen Tadel für die Regierung enthalte. Indem Redner auf die Grausamkeit der Kriegführung in China hinweist, fährt er fort, den deutschen Soldaten gezieme eine andere Auffassung vom Kriege als den Chinesen oder den Barbaren vor 1 1/2 Jahrtausenden. Die Schreiber der sogenannten Hunnenbriefe, welche auf die Discretion ihrer Angehörigen vertrauten, dürften nicht bestraft werden. Redner tabelt, daß vom Bundesrat nichts zu hören war. Es sei doch wohl anzunehmen, daß auch er die Indemnität verlangt haben würde. Die Erteilung der Indemnität enthebe aber noch nicht von der Notwendigkeit der materiellen Prüfung des Geschehenen. Was sei nun die künftige Reichspolitik? Das Programm der verbündeten Regierungen oder die in den kaiserlichen Reden entwickelten Grundsätze, die der Reichskanzler verantworten wolle? (Beifall links.)

Hierauf ergreift der bayerische Bundesrats-Bevollmächtigte, Graf Lerchenfeld, das Wort und führt aus, es sei eigentümlich, daß im Reichstag, so oft dasselbe gesprochen werde, daß der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nie einberufen würde. In diesem Sinn habe er aber zu sagen, es sei schwer, dem Reichstag etwas recht zu machen. Wird der Ausschuß nicht berufen, so wird der Bundesrat angerempelt. Wird er berufen, so wird er wieder angerempelt. Beim Eintritt der chinesischen Ereignisse wurden die hier anwesenden Mitglieder des Bundesrats auf Verlangen vom auswärtigen Amte über alles unterrichtet. Der diplomatische Ausschuß trat im Juli zusammen und erhielt vom jetzigen Reichskanzler die weitgehendsten Mitteilungen über die Maßnahmen, die die Regierung im Interesse des Reichs, des Handels und der Sicherheit ergreifen zu müssen glaubte. Auch die Ziele der deutschen Politik wurden genau dargelegt. In dem Ausschuß waren unter dem Vorsitz Bayerns auch Württemberg, Sachsen, Baden und Hessen vertreten. Nach der Sitzung wurde ein Zirkular mit dem wesentlichen Inhalt der Ausschuß-Verhandlungen an sämtliche verbündeten Regierungen gerichtet. Der Bundesrat wurde also nicht im Unklaren über die Chinapolitik gelassen und auch nicht übergangen. Der Abg. Bayer wirft dem Bundesrat vor, er habe mit die Schuld an der Nichteinberufung des Reichstages getragen. Aber der Beschluß des Bundesrats hätte ebenso wie der des Reichstags nur ein Blankowechsel auf die Zukunft sein können. Sämtliche verbündeten Regierungen erklärten sich mit den ergriffenen Maßnahmen einverstanden. Die Reichsregierung konnte sich also der Zustimmung und des nachträglichen Einverständnisses des Bundesrats versichert halten. Man könnte nun sagen, bei kleinen Anlässen sei das Wort „Indemnität“ nicht nötig, wohl aber bei großen. Die nachträgliche Bewilligung sanfter aber den gemachten Fehler, ganz gleich, ob das Wort Indemnität angewandt wird oder nicht. Das kann eine staatsrechtliche Bedeutung nicht haben. Aber auch meine Regierung wird nichts dagegen haben, wenn das Wort Indemnität in der Vorlage aufgenommen werden sollte.

Abg. Dzierzowski (Pole) ist mit der Reichspolitik im allgemeinen einverstanden, mißbilligt aber die vorgekommenen grausamen Ausschreitungen in China.

Abg. Stöcker (chr.-soz.) meint: Die Einberufung des Reichstags war nicht unbedingt notwendig. Uebrigens sei die Angelegenheit doch mit der Zustimmung des Reichskanzlers zur Aufnahme des Wortes „Indemnität“ in die Vorlage abgethan. Redner wendet sich dann mit scharfen Ausdrücken unter großer Uurube der Sozialdemokraten gegen Debels, dessen Rede er schwach nennt. Den Gesandten

Ketteler für die Greuel verantwortlich machen zu wollen, zeuge von einer nie dagewesenen Vaterlandsfeindlichkeit. Bebel müsse eine Schafherde hinter sich haben, denn die Mörder mit unseren Freiheitskämpfern vergleichen, könne nur einer, dem es nicht nur im Herzen fehle, sondern noch ganz wo anders. (Heiterkeit.) Die Hunnenbriefe seien unkontrollierbar. Der Kriegeminister möge telegraphisch authentische Berichte einfordern. Weiterer, wie die Boyer es seien, müssen in jedem Krieg anders als Soldaten behandelt werden. Die Sozialisten sympathisierten aber 1871 mit der Kommune, die Unschuldigen erschossen habe. (Zurufe links: Bewußtlos erlogen!) Vizepräsident Frege bitter, den Redner nicht zu unterbrechen. Stöcker (fortfahrend) polemisiert sodann gegen Richter. Es liege kein Grund vor, die Erwerbung von Klausen jetzt ungünstiger zu beurteilen, als früher. Die Boyer nennen sich eine Gerechtigkeitspartei. Wenn sie Bebel's Rede lesen würden, ernannten sie ihn vielleicht als Ehrenmitglied. (Stürmische Heiterkeit.) Wie könne Bebel dem Christentum die Propaganda wehren, wo er doch für seine Partei nicht von der Propaganda ablasse? Redner nimmt dann die Missionare gegen Bebel in Schutz. Vizepräsident Frege ruft den Abg. Fischer zur Ordnung, weil dieser die Worte Stöcker's betr. die Kommune durch den Zuruf „erlogen“ unterbrochen habe. Abg. Bebel ruft: Ich habe das auch gesagt! Vizepräsident Frege ruft Bebel ebenfalls zur Ordnung. Singer und die übrigen Sozialdemokraten: Wir haben es alle gesagt!

Abg. Godenberg (Welfe) spricht sich für Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission aus und hält die Rechtenberufungsfrage mit den Erklärungen Bülow's für erledigt. Er bezeichnet es als dringend wünschenswert, daß die Minister selbst auf die Gefahr des Verlustes ihres Portefeuilles die Verantwortung für die Kaiserreden übernehmen und meint, die deutsche Diplomatie ernte in China nicht lauter Erfolge.

Abg. Singer (Soz.) meint: Graf Lerchenfeld sagte über den Bundesrat nichts Neues. Der diplomatische Ausschuß sagte nur Ja und Amen. Stöcker behauptete, in anderen Ländern seien die Parlamente auch nicht berufen worden. Das ist bezüglich Englands und Frankreichs, wo die Parlamente gerade versammelt waren, nicht wahr. Stöcker sagte also nicht die unumstößliche Wahrheit! Er kann eben die Wahrheit nicht leiden! Der Präsident unterbricht Singer: Sie dürfen nicht sagen, daß ein Mitglied des Reichstags die Wahrheit nicht sagen könne. Ich rufe Sie zur Ordnung. Singer (fortfahrend:) Der Abg. Stöcker fühlte sich wohl in seiner früheren Stellung als Oberhirt, als er unsere Partei mit einer Schafherde verglich. Wir wollen lieber bei den Helden sein, als in der Gesellschaft Stöcker's. Die Soldaten können nicht so vorfichtig bei ihren Briefen sein, wie der Verfasser des Scheiterhaufenbriefes. Wollte Stöcker etwa seinen Einfluß nach oben wieder gewinnen? Kein Sozialist verteidigte je die Erschießung des Pariser Erzbischofs im Jahre 1871. Die Behandlung des Reichstags im Sommer ist durch das Verhalten der Reichstagsmehrheit verschuldet worden. Der Reichstag mußte befragt werden, aber heute ist bei uns nicht mehr der König der erste Diener des Staates. Heute heißt es: Sic volo, sic jubeo; regis voluntas suprema lex. Die deutsche Politik sei auf das Niveau der russisch-österreichischen Politik herabgesunken. Der Reichskanzler meinte, die Kaiserreden würden im Volke nicht mißverstanden; solche Wendungen wie: Pardon wird nicht gegeben, oder: Gefangene werden nicht gemacht,

können allerdings im Volke nicht mißverstanden werden. Auch die Hunnenbriefe beweisen, daß sie nicht mißverstanden wurden. Die Schreiber der Hunnenbriefe werden wir nicht nennen, damit nicht eine Untersuchung eingeleitet wird, deren Ergebnis nicht zweifellos wäre. Das deutsche Volk muß ihnen dankbar sein, weil es durch sie die Wahrheit erfährt. Redner tadelt alsdann das Verpflegungswesen und die unzulänglichen Meldungen über die Gefallenen. Die Raubpolitik der Regierung wird von keinem der Anstigen gebilligt. Der Präsident ruft Singer zum zweitenmal zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines abermaligen Ordnungsrufes aufmerksam. Singer schließt: Wir stimmen gegen eine Politik, welche vom Chauvinismus diktiert ist.

Abg. Bacher (Ztr.) erklärt, in der Indemnität, welche der Reichskanzler freiwillig anbietet, liegt mehr Wert, als in der erst erkämpften. Er wendet sich dann gegen die Sozialdemokraten, welche immer von einer geringen Achtung vor dem Reichstag sprechen, als ob ein sozialistisches Parlament mit Bebel und Singer an der Spitze mehr Achtung im Volk haben würde. Die Ablehnung der Vorlage wäre eine Mißbilligung der Regierung und ein Rechtgeben für die Mörder Ketteler's. Redner erklärt sich mit der Auffassung des Grafen Lerchenfeld in Bezug auf den Begriff Indemnität nicht einverstanden und betont, die Indemnität sei ein Äquivalent für die Nichtberufung des Reichstags. Er verteidigt die Mission, speziell den Bischof Anzer gegen die Angriffe Bebel's.

Nach dem Abgeordneten Bacher spricht noch Abgeordneter Frhr. v. Wangenheim (Kons. und Bund der Landw.) und bezeichnet die klaren Worte des Reichskanzlers als dankenswert. Der Redner wisse aus eigener Erfahrung, daß es Leute gebe, die geflissentlich den Kaiser falsch unterrichten und eine Wolke zwischen den Monarchen und das Volk zu schieben suchen, die nicht nur Weibrauch, die viel übler riechende Stoffe enthalte. Die Mehrheit des Volkes sei einer Weltpolitik durchaus abgeneigt. Nicht Mehrer des Reichs an Landeskrieg, sondern ein Mehrer der Festigkeit zu sein, das sei die Aufgabe des Reichskanzlers. (Beifall bei den Agrariern.) Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen und es folgte eine Reihe von persönlichen Bemerkungen. Schuß 5³/₄ Uhr. Morgen nachmittag Fortsetzung der Beratung über die Chinavorlage und die 12000 M.-Angelegenheit.

Aus dem Bezirk und Umgebung.

Seine königliche Majestät haben am 21. d. M. allergnädigst geruht, die erledigte Hauptlehrstelle an der mittleren Klasse der Realschule in Mezingen dem Oberreallehrer Kreuzberger in Welzheim zu übertragen.

§§ Welzheim, 24. Novbr. (Wochenmarktbericht.) Heute wurden zu Markt gebracht: 80 Pfd. Butter, 200 St. Eier, 10 St. Milchschweine und einiges Geflügel. Alles wurde verkauft und erlöste: für 1 Pfd. Butter 80 Pfg., für 1 Ei 7 Pfg., für Milchschweine 14 Mk. p. Stück. Nächster Markt: Samstag 1. Dezbr. vormittags 8—11 Uhr.

Württemberg.

Mergentheim, 24. Nov. Landtagswahl. Deonomterat Spieß hat sich zur Annahme der ihm angetragenen Kandidatur (Gegensandbidatur gegen den Ministerpräsidenten a. D. Freilherrn v. Mittnacht) bereit erklärt.

Tübingen, 23. Nov. Landgerichtspräsident v. Pfaff, welcher am 11. d. M. nach dem Mittagessen erkrankte und seit einigen Tagen nicht mehr zum Bewußtsein kam, ist heute

abend um 5 Uhr gestorben, Er stand im 70. Lebensjahr.

Habensburg, 23. Nov. Durch einen dummen Spaß küßte Zimmermann Joseph Fehle von hier gestern abend in einer hiesigen Wirtschaft das Leben ein. Er spielte den „Mann ohne Arme“ und ließ sich von einem Kameraden das Essen in den Mund geben; hiebei kam ihm ein Stückchen Wurst in die Luftröhre, woran er nach wenigen Minuten erstickte.

— Wer ist der Glückliche? Der zweite Gewinn der Nürnberger Sebaldußkirchenlotterie, der in die Kollette von Generalagent J. Schweikert fiel, ist heute, fünf Tage nach der Ziehung, noch nicht erhoben. Da ist jemand um 20 000 Mark reicher und hat keine Ahnung davon!

Deutschland.

Berlin, 24. Nov. Aus Paris wird der Morgenpost berichtet: Präsident Krüger trifft heute vormittag 1/2 11 Uhr in Paris ein. Der Empfang erhält eine völlig private Natur. Die Regierung untersagte die offizielle Beteiligung der Bahnbehörden. Große Kundgebungen sind zu erwarten. Gestern abend herrschte ungewöhnliche Bewegung auf den Boulevards. Hunderte von Camelots verlaufenen Bilder von Krüger, Broschüren und Medaillen, welche reichend abgingen. Viele Geschäfte geben heute nachmittag ihren Angestellten frei.

— Die italienische Botschaft in Berlin wurde angewiesen, Schritte zu thun, um den italienischen Arbeitern in Deutschland im Falle der Invalidität eine Rente zu erwirken, auch wenn sie nach Italien zurückkehren.

Ausland.

* Den Bruder auf der Jagd erschossen. Aus Bobokh wird dem N. Wiener Tagblatt telegraphiert: Bei einer im Revier des Großherzogs von Toscana nächst Redomtz abgehaltenen Treibjagd, an welcher auch die Brüder Joseph und Eduard Pokorny, Heger aus dem Nachbarrevier, teilnahmen, fehlte der ältere Bruder Joseph einen Hasen, während die volle Schrotladung seinen in der Nähe stehenden Bruder Eduard in die Schulter traf, so daß dieser mit einem Aufschrei zu Boden stürzte und auf dem Transport ins Krankenhaus verschied. Die herrschaftliche Jagd wurde sofort beendet. Dem Bruder, welcher einen Selbstmord begehen wollte, mußte das Gewehr entziffen werden.

— Einer Meldung der Pariser Agence Havas zufolge richtete die Königin von Holland gestern an den Präsidenten Krüger folgendes Telegramm „Herrn Paul Krüger, dem Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Es ist mir angenehm gewesen, Excellenz meinen Kreuzer Selberland anzubieten, und ich bin glücklich, zu erfahren, daß Sie die Reise in guter Gesundheit zurückgelegt haben. Wilhelmina.“

Paris, 24. Nov. Präsident Krüger verließ Dijon um 6 Uhr 45 Minuten früh unter Guldigungen der Einwohnerschaft und traf um 11 Uhr vormittags in Paris ein. Der Einführer des diplomatischen Korps, Crozier, begrüßte ihn im Namen des Präsidenten Doubet und der Regierung. Eine ungeheure Menge jubelte auf der Fahrt in die Stadt dem Präsidenten Krüger zu und brachte Hochrufe auf ihn, die Buren und deren Unabhängigkeit aus.

London, 24. Nov. Die Mehrzahl der hiesigen Blätter schweigt heute ganz zu den Vorgängen in Frankreich. Nach den „Evening News“ beweisen sie lediglich, daß das hysterische Temperament der Franzosen noch immer die größte Gefahr für den Weltfrieden bilde.

Wählerversammlungen.

Unser seitheriger Landtagsabgeordneter

Herr Professor Dr. Sieber aus Stuttgart

wird über seine bisherige Thätigkeit im Landtag referieren und sich gleichzeitig wieder als Kandidat für die kommende Landtagswahl vorstellen:

Am nächsten Mittwoch den 28. Nov. nachm. 3 Uhr Pfahlbrunn, „Röfle.“
„ „ „ „ „ „ abends 6 Uhr Alldorf „Lamm.“
„ „ Donnerstag „ 29. „ vormittags 11 Uhr Unterschlechtbach „Stern.“
„ „ „ „ 29. „ nachmittags 1 Uhr Mannenberg „Adler.“
„ „ „ „ 29. „ nachmittags 3 Uhr Oberndorf „Rose.“
„ „ Donnerstag den 29. Nov. nachm. 5 Uhr Rudersberg „Krone.“
„ „ Donnerstag den 29. Nov. nachm. 7 Uhr, Klaffenbach, „Stern.“
„ „ Freitag den 30. Nov. nachm. 2 Uhr Welzheim, „Burgkeller.“
„ „ Samstag den 1. Dez. nachm. 2 Uhr Kirchenkiruberg „Krone.“
„ „ Samstag den 1. Dez. nachm. 5 Uhr, Kaisersbach „Röfle.“

Zu recht zahlreichem Besuch werden sämtliche Wähler, ohne Ansehen der Partei, freundlich eingeladen.

Das Wahlkomité.

Viele Wenige geben ein Biel.

Wer seinem Körper fortgesetzt, wenn auch in kleinen Mengen, Schädliches zuführt, darf sich nicht über die schlimmen Wirkungen wundern. Die Schädlichkeit des Bohnenkaffees z. B. wird bedeutend verringert, wenn man Rathreiner's Malzkaffee als Zusatz verwendet.



Ein Pferd

unter zwei die Wahl verkauft unter jeder Garantie. Kohle z. „Tranbe“

Bismarkharinge,

neue holländische

Haringe

empfiehlt H. Hohly.

Best kochende Erbsen, Linsen, Bohnen

sind wieder zu haben bei

H. A. Bilsinger.

P f a h l b r u n n .

Hochzeits-Einladung.

Zu unserer am Donnerstag den 29. November vormittags 11 Uhr in der Kirche zu Alldorf stattfindenden

— Trauung —

sowie nachheriger geselliger Unterhaltung im Gasthaus zum „Röfle“ in Pfahlbrunn laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte freundlichst ein.

Der Bräutigam: Johannes Knödler, Pfahlbrunn.

Die Braut: Barbara Strabel, Hintersteinenberg.

Sehr guten

Rauchtabak

1 Pfd. 20 S, 10 Pfd. M 1.80
Rauchtabak, Schmalzertabak,
Fichtennadeltabak,
Ruff. Ugentabak,
Mentolin u. Schueberger
empfiehlt G. Schöber.

Soeben eingetroffen:

Sehr schöne neue

Haringe,

Bismarkharinge

3 Stück 20 S, 12 Stück 70 S
empfiehlt G. Schöber.